

Kurtzer, Daniel C., and Scott B. Lasansky: Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East. United States Institute for Peace: Washington, D.C., 2008. 191 S. + 4 Farbkarten: The West Bank, Golan Heights, Israel and its Neighbors, Jerusalem, The Gaza Strip.

Wer Daniel C. Kurtzer erlebt hat, wird sich seiner Ausstrahlung kaum entziehen können. Der frühere US-Botschafter in Kairo (1997 – 2001) und Tel Aviv (2001 – 2005), der gegenwärtig an der Princeton University lehrt und im Studienjahr 2008/09 Vorlesungen über die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten am „Interdisciplinary Center“ in Herzliya halten wird, beeindruckt nicht nur durch seine analytische Klarheit, sondern auch durch seinen abgewogenen Ernst, der seinen Argumenten und Ansichten desto größeres Gewicht verleiht. Gemeinsam mit dem Leitenden Forschungsmitarbeiter am „United States Institute for Peace“, Scott B. Lasansky, legt Kurtzer in dieser Veröffentlichung die Schlussfolgerungen von Gesprächen einer Forschungsgruppe vor, die 2006/07 in Einbeziehung ihres „dream team“ aus William B. Quandt (University of Virginia), Steven I. Spiegel (University of California, L.A.) und Shibley Telhami (University of Maryland) sowie unter Einschluss von Samuel Lewis (US-Botschafter in Tel Aviv 1977 – 1984) und Kenneth W. Stein (Emory University, Atlanta) in den USA sowie in Ländern Europas und des Nahen Ostens unterwegs war, um mit Politikern, Abgeordneten, Diplomaten und hohen Beamten die Hemmnisse und Chancen, die Schwächen und Stärken für die Gestaltung einer zukunftsfähigen US-Außenpolitik in dieser Region auszuloten.

Die Ergebnisse sind beeindruckend – wiederum nicht in erster Linie und vornehmlich durch ihren außergewöhnlichen Neuigkeitswert, sondern wegen der systematischen Disziplin, mit der sie zusammengetragen und präsentiert werden und indem sie gleichzeitig mit Missverständnissen aufräumen, für welche die am Konflikt direkt wie indirekt Beteiligten die Verantwortung tragen. Die

Bilanz der Autoren läuft darauf hinaus, aus den unterschiedlichen Kräfteverhältnisse zwischen Israelis und Palästinensern die aktive und unverzichtbare Beteiligung „einer robusten“ dritten Partei abzuleiten, wobei klar ist, wen sie im Auge haben:

„Israel is an established sovereign state with a robust thriving economy and a world-class military; Palestinians remain under occupation, bereft of effective public institutions, highly dependent on international economic assistance, lacking basic security, and incapable of providing the full measure of security to which Israelis are entitled. The eventual collapse of the Oslo process—which was initiated and defined by the parties without U.S. intervention—best exemplifies the general rule that, left on their own, the parties cannot address the deep, structural impediments to peace. That is why the United States is indispensable.”

Ohne die primären Verpflichtungen der Konfliktparteien in Abrede zu stellen, entwickeln Kurtzer und Lasansky von dieser Grundüberzeugung aus ihr Konzept von der Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina, dessen Erfüllung George W. Bush entgegen seiner Ankündigung vom Juni 2002 schuldig geblieben ist. Dabei lassen sie es sich nicht nehmen, das diplomatische Stückwerk Washingtons an einer ganzen Reihe von Fehlern zu illustrieren, zu denen sie die mangelnde Vertrautheit mit und die Missachtung gegenüber regionalen Entwicklungen zählen. Außerdem gehöre dazu, dass sich die Administration mit der Ansage politischer Positionen begnüge – so habe sie es 2003 nach der Vorlage der „Road Map“ (Kurtzer hatte sie als Botschafter der israelischen Regierung übergeben, während dies UN-Botschafter Terje Larsen und EU-Sonderbotschafter Miguel Moratinos in Ramallah taten) versäumt, die Parteien auf die Einhaltung gegebener Zusagen zu verpflichten („monitoring implementation“) –, dass Washington die Weiterungen seiner Anstöße lediglich von der Seitenlinie aus verfolgt habe und dass sich Amerika, wenn es aktiv eingriff, dem Widerspruch im eigenen diplomatischen Korps

aussetzte und von ihm überspielt wurde. Zudem sei die ständige Betonung des Aufbaus palästinensischer Institutionen mit der Ingangsetzung des politischen Prozesses verwechselt worden. Eine Vielzahl von Emissären habe sich nicht auf die Unterstützung der Administration verlassen können. Und schließlich habe die Administration 2005 auf die Neuwahl des „Palestinian Legislative Council“ gedrungen und war überrascht, als „ Hamas“ aus ihr als Sieger hervorging.

Aus diesen Versäumnissen und Fehleinschätzungen entwickeln die Autoren zehn Lehren als künftige Leitlinien für die Diplomatie ihres Landes zur Förderung des arabisch-israelischen Friedens – sie ziehen also den Bogen über die palästinensische Dimension hinaus –, ohne in „magische Formeln“ verfallen zu wollen. Gefragt seien vielmehr Anpassung, Improvisationskunst und Lernprozess:

Lektion 1: Der 11. September 2001 und der Krieg im Irak hätten das Gewicht des arabisch-israelischen Friedens nicht gemindert, sondern es verstärkt. Wer, um ihn zu erreichen, den sozialen und politischen Wandel in der arabischen Welt voraussetze – gemeint sein dürfte Bushs Demokratie-Export oder gar der Regimewechsel auf dem Rücken des Militärs –, verwechsle Politik mit der Absicht, die Gegenpartei zu isolieren und Zwangsmittel einzusetzen. Wenn Washington hingegen einen robusten Friedenskurs verfolge, der schließlich keine altruistische Wohlfahrtsveranstaltung sei, sondern im nationalen amerikanischen Interesse liege, schwäche es damit autoritäre Führungen und militante Oppositionelle in der gesamten Region. Der Vorrang im Kampf gegen den Terrorismus seit den Angriffen am 11. September sei leichter sicherzustellen, wenn der arabisch-israelische Konflikt entschärft werden könnte. Denn dieser Konflikt habe andere Teile der Region destabilisiert, die – wie der Libanon – für die Vereinigten Staaten von kritischer Bedeutung seien.

Lektion 2: Die Machtdynamik im Konflikt sei durch ein tiefes Ungleichgewicht gekennzeichnet. Nachdem Araber und Israelis ständig versucht hätten, durch Druck die amerikanische Politik zu formulieren, müsse klar sein, dass sie nirgendwo anders als in den USA definiert werde. Verhandlungen dürften nicht beim ersten Anzeichen von Gewalt, politischem Aufruhr oder Widerständen wieder fallen gelassen werden. Als Negativbeispiele verweisen die Autoren auf das Genfer Treffen zwischen Bill Clinton und Hafez Assad im März 2000, als sich der US-Präsident zum Boten taktischer und strategischer Wünsche Israels degradieren ließ, und auf die Camp-David-Konferenz im Juli jenes Jahres mit ihrem Hin und Her zwischen Barak und Clinton sowie schließlich der Einwilligung des Gastgebers, Arafat für das Scheitern verantwortlich zu machen, nachdem der Versuch gescheitert war, das palästinensische Team auseinanderzuidividieren. Die Autoren zitieren einen amerikanischen Beteiligten mit den Worten, dass sich die Administration habe manipulieren lassen und die Kontrolle über die eigene Politik verlor; gleiches sei beim unilateralen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 geschehen und bei dem auf reaktives Handeln beschränkten Zugehen auf die saudische Friedensinitiative dreieinhalb Jahre zuvor.

„It is fair for an Israeli prime minister or Palestinian leader to argue for modified U.S. tactics because of their own domestic political constraints, but it is equally important for the United States not to accept such arguments at face value. ... The stronger our representation in the region and the better our diplomatic reporting from our embassies, the better an administration can distinguish between real domestic political crises in the region and bargaining by regional leaders for favorable U.S. political positions.”

Man ist versucht, korrigierend darauf hinzuweisen, dass zumindest das US-Generalkonsulat in Jerusalem seit langem sorgfältige Berichte nach Washington abgesetzt hat. Wo sind sie geblieben?

Lektion 3: Die USA müssten nicht nur Chancen für den Einstieg in Verhandlungen nutzen, sondern sie aktiv ermutigen, die Spreu vom Weizen trennen, und Gewinnaussichten schaffen. So wie normalerweise Präsidentschaftsbewerber keine Anstrengung scheuen, ins höchste politische Amt einzuziehen, so unverzichtbar sei die Aktivität für den Friedensprozess.

Lektion 4: Nach dem Scheitern von Oslo und der „Road Map“ müsse Washington die Parteien dazu ermutigen, sich auf Abschlussregelungen hinzubewegen, statt im Rahmen einer Schritt-für-Schritt-Diplomatie auf Zwischenvereinbarungen zu setzen. Die Absage an den Gradualismus bedeute indes nicht, dass für die Implementierung der Vereinbarungen Zeitleisten eingezogen werden. Doch wenn die Erfahrungen der Vergangenheit der Prolog für die Zukunft seien, dürfe Washington nicht vor eigenen Ideen zurückschrecken, falls die Parteien kein Einvernehmen in den zentralen Fragen erreichen.

Lektion 5: Verpflichtungen und Vereinbarungen der Parteien müssten respektiert und umgesetzt werden, wobei die USA zu ihrer Überwachung, zur Entwicklung von Verlässlichkeitsstandards, zur Berichterstattung bei Verletzungen des Erreichten sowie gegebenenfalls zu Konsequenzen aufgefordert seien. Dabei müsse Washington auf die Akribie der Vereinbarungen achten, um unterschiedliche Interpretationen zu verhindern. Kurtzer und Lasansky verweisen beispielhaft auf das Problem der palästinensischen Gewalt und der Korruption sowie israelischerseits auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in den besetzten Gebieten durch Checkpoints und Straßensperren, wirtschaftliche Beschwerden und die Erweiterung der Siedlungen. Für die genannten Aufgaben sei die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und der Weltbank erforderlich. Welche Konsequenzen

nach Auffassung der Autoren ins Auge gefasst werden sollten, bleibt freilich im Dunkeln.

Lektion 6: Die Intervention des US-Präsidenten sei wichtig, doch seien seine direkten Eingriffe angesichts seiner Aufgabenfülle beschränkt, so dass sie für ausschlaggebende Momente bewahrt werden sollten, um sie vor Missbrauch und Entwertung zu schützen. Der Präsident sei nicht der „action officer“ der Politik, sondern für die Entwicklung und die Umsetzung von Initiativen und Pläne müsse er sich ein Team von einschlägig erfahrenen Diplomaten heranziehen¹.

Lektion 7: Sie erweitert und präzisiert die vorhergehende Lektion durch die Forderung, dass im Verhandlungsteam das offene Streitgespräch und die Zusammenarbeit mit der Administration ermutigt werden müssen. „Ein zum Schaden gereicher politischer Prozess darf nicht geduldet werden.“ Zu den Voraussetzungen zählen klare Autoritätsregeln, ein diszipliniertes, unterschiedliche Kompetenzen versammelndes und erfahrenes Team, der freie Meinungs- und der Informationsaustausch, die angemessene Planung und Vorbereitung der Politik sowie die sorgfältige Dokumentation von Entscheidungsprozessen. In der Epoche von George W.H. Bush sei die einzigartige enge Beziehung zu Außenminister James Baker hinzugekommen, auch wenn nicht immer am Ende eine homogene Politik gestanden habe. Dagegen habe Bill Clintons Nahostteam zwar über Kompetenzen in Angelegenheiten Israels verfügt, sei aber im Umgang mit der arabischen Seite an Erfahrung arm gewesen: *„Es gab keinen Experten in unserem Team zum Islam oder zu moslemischen Perspektiven, und wenn Jerusalem an der Reihe war, gab es einige verwunderliche Episoden, die unseren Mangel an Kenntnissen und unsere Vorurteilhaftigkeit anzeigten“*, zitieren die Autoren aus ihren Gesprächen². Außerdem habe das US-Team in Sachen Nahost ein Inseldasein geführt und sei von den Support-

Strukturen im State Department und seinen Nebenstellen abgeschnitten gewesen. Das Vertrauen des Präsidenten allein, so lässt sich folgern, hat nicht ausgereicht. Der an der Columbia University lehrende Rashid Khalidi hat dazu Erfahrungen des politischen und persönlichen Gegeneinanders zitiert, wonach man nur im Pentagon Dick Cheneys suchen müsse, um Bushs Begründungen für den Angriff auf den Irak im Frühjahr 2003 zu verstehen³. Nathan J. Brown vom „Carnegie Endowment“ beklagte die „oft halbherzigen diplomatischen Initiativen“ der Bush-Ära, denen „episodische Ausbrüche der Gewalt“ gefolgt seien⁴.

Lektion 8: Sie verlangt die Herstellung einer breiten und den Verhandlungszielen dienlichen Unterstützung im Kongress, im Weißen Haus und durch Interessengruppen – ohne sich letzteren auszuliefern –, bevor sich die Präsidentschaft ihrem Ende nähert. Dabei messen die Autoren jenseits von Entscheidungen über die Auslandshilfe und Waffenlieferungen die nicht-bindenden Maßnahmen des Kongresses hohe Bedeutung zu, weil sie einen beachtlichen Aspekt repräsentieren, unter dem die Nahostpolitik agiert oder agieren sollte. Außerdem würden Israel-orientierte Gruppen mit oder ohne Zustimmung der Regierung in Jerusalem dazu neigen, an der Administration vorbei auf das Parlament einzuwirken sowie dort die „Freunde“ und die „Gegner“ Israels zu sortieren, um der Politik die Hände zu binden. Deshalb sei dem Kongress gegenüber eine pro-aktive, um Vertrauen werbende Strategie erforderlich. Denn manchmal würden Binsenwahrheiten, die angeblich dem Schutz Israels dienlich sind, bei der Administration einen „antizipatorischen Reflex“ im Blick auf das Urteil über die Siedlungen und das Jerusalem-Problem auslösen.

„The study group’s Arab interlocutors recognized that part of what makes the U.S. role in the peace process so vital is the closeness of the U.S.-Israeli relationship. To the degree that Israel can rely on the constancy of U.S. support of its security and ultimate survival, it will be more willing to take risks for peace. What the next president

needs to consider, therefore, is not the nature of our strategic relationship with Israel—that should be self-evident to anyone familiar with the history of the Middle East and policy in Washington—but rather how to use the U.S.-Israeli relationship beneficially in the cause of peace. Most Arab actors seek a fair and effective U.S. approach, not one that diminishes the U.S.-Israeli relationship.”

Besonders an dieser Stelle schlägt bei den Autoren die Überzeugung von der Wirkungskraft der politischen Vernunft durch, die unverdrossen auf die Neutralisierung und Ausschaltung der unübersehbaren Trends zu ideologischen und religiös-exklusivistischen Kontaminationen in weiten Teilen der israelisch-jüdischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung setzt.

Lektion 9: Ein erfolgreicher Gesandter bedürfe der starken und eindeutigen Unterstützung des Weißen Hauses, der Glaubwürdigkeit bei allen Parteien sowie eines breiten Mandats. „Gesandte dürfen nicht eine sinnvolle Diplomatie ersetzen. Besser eine Politik ohne einen Gesandten als ein Gesandter ohne Politik.“ Zu oft habe deren schiere Präsenz nur dazu dienen sollen, die Hitze vor Ort abzukühlen, und genauso oft habe der Ruf nach einem Emissär substantielle politische Schritte ersetzt. In einem Interview beklagte sich Kurtzer im April 2008 darüber, dass die Experten im diplomatischen Dienst oft nicht konsultiert und in die Dynamik des Verhandlungsprozesses nicht einbezogen worden seien. Manchmal werde der Prozess mit einer kleinen Gruppe isoliert geführt, der keine ausreichende Expertise zur Verfügung stehe⁵. In der Veröffentlichung selbst berichten Kurtzer und Lasansky, dass sich der „Quartett“-Repräsentant James Wolfensohn nicht immer der Rückendeckung im Weißen Haus sicher gewesen sei, während Dennis Ross in Camp David (11. – 25. Juli 2000) bei Israelis und Palästinensern im Verdacht gestanden habe, der jeweils anderen Seite zuzuneigen, was ihm die Rolle als ehrlicher Makler verdorben habe. Dasselbe Schicksal könne Tony Blair trotz seiner Vertrautheit

mit Bush ereilen, weil er als „Nicht-Amerikaner“ zu sehr „Europa“ darstelle.

Auf dem Höhepunkt des Krieges in und um den Gazastreifen im Januar 2009 ermahnte der britische Politologe Timothy Garton Ash auch die Europäer dringlich, endlich einen Stab aus Diplomaten und Offiziellen zu etablieren, „die bei den wichtigsten außenpolitischen Themen systematisch die europäischen Interessen, Werte und Instrumente identifizieren“⁶.

Lektion 10: „Nutze die diplomatischen Instrumente besonnen und achte sorgfältig auf Entwicklungen an Ort und Stelle.“

Wirtschaftlicher Beistand und Gipfeltreffen sollten mit strategischen Zielen im Hinterkopf und nicht nur genutzt werden, um Zeit zu gewinnen. Dabei sei auch der kreative Einsatz einer Diplomatie aus Zuckerbrot und Peitsche denkbar. Zudem schaffe sich eine „untraditionelle Diplomatie“ daheim und im Nahen Osten informelle Netzwerke jenseits der Konfliktlinien („people-to-people peacebuilding activities“), lerne neue Ideen aus, frage mit ihnen das öffentliche und amtliche „konventionelle Wissen“ ab und nutze Kompetenzen diskret, denen in Washington bislang der selbstverständliche Zugang verwehrt sei. *„Der einzige Weg zum Frieden ist jener, der von oben nach unten und von unten nach oben angelegt ist.“* Die internationale Mammuthilfe für die Palästinenser seit den Osloer Vereinbarungen habe das Friedenslager unter ihnen nicht erweitert.

Soweit die Ergebnisse der Studie über ehrgeizige politische Ziele und dürftige Methoden, ihnen Geltung zu verschaffen, obwohl die arabisch-israelische Arena für die beiden Autoren ein kritisches Element in einem strategisch bedeutsamen Umfeld sind und hier eine erfolgreiche, über die Erklärung guter Absichten hinausgehende Diplomatie in anderen Teilen der Region neue Chancen eröffnen könne. Andernfalls werde die Rolle Amerikas im Nahen und Mittleren Osten noch schwieriger.

Dass sich Kurtzer im Frühjahr 2008 dem politisch progressiven „Israel Public Forum“ anschloss und zum informellen Beraterkreis Barack Obamas stieß – Hussein Agha und Robert Malley haben ihn als „one of Obama’s principal Middle East advisors“ bezeichnet, während sie Martin Indyk der künftigen Außenministerin Hillary Clinton zurechneten⁷ – und indem er dem demokratischen Präsidentschaftsbewerber bei dessen Nahostreise im Juli 2008 mit Erfolg empfahl, sich der Arabischen Friedeninitiative von 2002 zuzuwenden, unterstrich Obama die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen, seiner Politik in dieser Region frischen Schwung zu verleihen. Kurtzers Entscheidung zugunsten des „Israel Public Forum“ dürfte zudem durch eine Verleumdungskampagne motiviert worden sein, der sich Malley – der heutige Direktor des „Middle East and North Africa Program“ der „International Crisis Group“ – ausgesetzt sah, als er sich nach haarsträubenden Vorwürfen, „fanatisch anti-israelisch“ zu sein, zum Rückzug aus dem Obama-Lager veranlasst sah. Dass Malley wie Kurtzer Jude ist, hat ihn vor solch unerhörten Schmähungen nicht geschützt.

Nunmehr wird aufmerksam beobachtet werden, ob Obama jenes „reconsidering“ einleitet, das seine Amtsvorgänger seit den 1970er Jahren in regelmäßigen Abständen ankündigten, ohne ihren Worten Taten folgen zu lassen. Obamas Kandidatenbekenntnisse in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“ im vergangenen Jahr gaben solchen Vermutungen Nahrung, doch sein Auftritt vor den zwölfhundert Delegierten der Jahreskonferenz des „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“ im Juni 2008, bei der er sich eingangs – und zwar in Abwehr ehrabschneiderischer Email-Feldzüge – zum „wahren Freund Israels“ erklärte und AIPAC als „gute Freunde“ bezeichnete, löste in seinem Umfeld und international beträchtliche Enttäuschung aus.

Denn Obama begründete die Sicherheitsinteressen Israels lediglich mit Hinweisen auf „ Hamas“, „Hisbollah“ und Iran und kündigte an, im

Falle seiner Wahl Israel wie einen Nato-Partner behandeln zu wollen. Erst dann forderte er Israel unter Hinweis auf dessen militärische Stärke zum Frieden im Rahmen der Zweistaatenregelung auf – und band im selben Atemzug Empfehlungen zur Erleichterung der palästinensischen Bewegungsfreiheit an Israels sicherheitspolitische Bedürfnisse und gab der Regierung in Jerusalem die Entscheidung über Verhandlungen anheim. Nach den Auftritten Netanyahus vor AIPAC und beiden Häusern des US-Kongresses im Mai 2011 erklärte Kurtzer bei einer Veranstaltung in der „Brandeis University“, dass Obama nichts tue, wenn Israel nein sage. Alles, was Washington im Blick auf den September unternehme, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde bei den Vereinten Nationen um die Anerkennung Palästinas nachsuche, sei die Produktion von ein wenig Spektakel, soll ein hoher Beamter im State Department hinzugefügt haben. Die Administration warte sogar auf eine europäische Initiative, obwohl die Erwartung auf ihren Erfolg wie üblich gering sei⁸.

Nachdem Kurtzer und Lasansky zunächst geneigt waren, der Nahostpolitik des 41. US-Präsidenten George W.H. Bush bei der Vorbereitung der internationalen Madrid-Konferenz Ende Oktober 1991 allzu großes Lob auszusprechen, steht dem 44. Amtsinhaber die politische Nagelprobe also noch bevor – und damit die politische Geltung der Studie selbst. Die Autoren haben ihr die Bemerkung eines Mitglieds des Nationalen Sicherheitsrates vorangestellt, dass Historiker in hundert oder zweihundert Jahren auf die US-amerikanische Außenpolitik in der Region zurückschauen und sich fragen würden, *„warum wir die Sache haben schleifen lassen, was Blut gekostet und Schaden angerichtet hat, da wir doch soviel denkbaren Einfluss auf die Parteien gehabt haben“*. Von dieser Klage werden auch die europäischen Regierungen nicht verschont bleiben. Dass Joschka Fischer der Veröffentlichung seine Reverenz erwiesen hat, ist achtenswert, auch wenn er als Außenminister mit großer Gewissheit mehr zum politischen Ausgleich hätte beitragen

können, nach dem die zum Frieden bereiten Kräfte unter Israelis, Palästinensern und Arabern seit langem rufen.

Niemand wisse, betonen Kurtzer und Lasansky in ihren abschließenden Empfehlungen, ob und wie lange die Zweistaatenlösung eine realisierbare Option sei, und die Asymmetrien im Friedensprozess anzusprechen, bedeute keine Abkehr von Israel, schreiben sie jenen ins Stammbuch, die mit rücksichtsloser Solidarität einem strategischen Eskapismus folgen, der sich für diesen Staat über kurz oder lang als lebensgefährlich erweisen kann. Im Oktober meldeten die diplomatischen Korrespondenten von „Haaretz“ aus den USA, dass Kurtzer und Dennis Ross die Flügel Männer Mitte-Links und Mitte-Rechts im Nahost-Beraterteam Obamas seien⁹. Auch deshalb wäre zu wünschen, dass die Studie Kurtzers und Lasanskys in den Außenämtern Europas breiten Widerhall findet und Konsequenzen nach sich zieht – zumal wenn eine transatlantische Partnerschaft angestrebt wird, die diesen Namen verdient. Zu ihren Voraussetzungen gehört jedoch mehr als jener neue Reigen kaum tragfähiger Kompromissformeln zum Nahostkonflikt, der die von Nicolas Sarkozy betriebene „Mittelmeer-Union“ beherrscht.

¹ Vgl. Camille Mansour: Toward a New Palestinian Negotiation Paradigm, in „Journal of Palestine Studies“ # 159, XL(Spring 2011)3, S. 38 ff. Der Autor, emeritierter Professor für Internationale Beziehungen an der Pariser Sorbonne und Begründer des Instituts für Rechtswissenschaften an der Bir Zeit-Universität bei Ramallah, schlägt in seinem interessanten Katalog für die Neuordnung der palästinensische Verhandlungsverfahren vor, es solle vermieden werden, dass der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO – gegenwärtig Machmud Abbas – regelmäßig an den internen Sitzungen des Verhandlungsteams teilnimmt, sondern dass dies nur an kritischen Wegscheidungen geschehen solle.

² Vgl. Barak Ravid: Livni to Clinton: World must not grant Hamas any legitimacy, in „Haaretz“ 22.01.2009. Aus Anlass der Amtsübergabe an Hillary Clinton berichtet der Autor, dass die Mitarbeiter des State Department sich darüber beklagt hätten, dass Condoleezza Rice ihre Diplomaten nicht hinreichend ausgestattet habe.

³ Rashid Khalidi: Resurrecting Empire. Western Footprints and America's Perilous Path in the Middle East. Boston 2004, 2005, p. 157.

⁴ Nathan J. Brown: Can Cairo Reassemble Palestine?, Carnegie Endowment Middle East Program, November 2008.

⁵ Kurtzer: Next U.S. President Must Give Priority to Arab-Israeli Talks, Interview with the „Council on Foreign Relations“, 16.04.2009.

⁶ Timothy Garton Ash: Lächerlich, schwach und aufgeblasen, in „Süddeutsche Zeitung“ 09.01.2009, S. 2.

⁷ Hussein Agha and Robert Malley: How Not to Make Peace in the Middle East, in „The New York Review of Books“ 56(January 15, 2009)1. Die Autoren rezensierten die Bücher von Aaron David Miller „The Much to Promised Land“, von Martin Indyk „Innocent Abroad: An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East“ (New York 2008) und von Kurtzer-Lasansky.

⁸ Zvi Barel: Obama tut nichts, in „Haaretz“ 19.06.2011 (Hebr.).

⁹ Bradley Burston and J.J. Goldberg: Members of the tribe / 36 Jews who have shaped the 2008 U.S. election, in „Haaretz“ 17.10.2008.

*Reiner Bernstein
Abgeschlossen im August 2008
mit knappen zeitnahen Ergänzungen*

.....-